03 / 2013 www.SBL2013.de 25.01.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
diese Woche war eindeutig eine außenpolitische Woche: Die Amtseinführung von Barack Obama in den USA, die Feierlichkeiten zu 50 Jahre Elysée-Vertrag und die Wahlen in Israel haben unseren Focus dabei ins Ausland gelenkt. Dennoch haben wir auch ein großes innerdeutsches Ereignis feiern dürfen: Die Landtagswahl in Niedersachsen und der Sieg von Rot-Grün. Es war ein Wahlkrimi, wie er spannender nicht hätte sein können- Ein Mandat hat es letztendlich entschieden. Die Strategie der SPD Niedersachsen mit ihrem persönlichen Wahlkampf und der Konzentration auf Hausbesuche ist aufgegangen. Die Union ist dagegen mit ihrer Leihstimmen-Kampagne auf die Nase gefallen. Letztendlich haben wir eine komfortable Ausgangssituation für die Bundestagswahl: die letzten Landtagswahlen alle gewonnen und eine rot-grüne Bundesratsmehrheit! Jetzt müssen wir nur noch zusammenhalten und mit vereinten Kräften gemeinsam für den Wechsel der Bundesregierung im September 2013 kämpfen. Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

50 Jahre Elysee-Vertrag

Was für ein großartiger Tag- wir haben ihn gebührend in Berlin gefeiert. Folgende Erklärung haben wir verabschiedet: Wir begrüßen den großen historischen Erfolg der Annäherung zwischen unseren beiden Ländern nach dem 2. Weltkrieg seit dem Abschluss des Elysée-Vertrages. Dabei handelt es sich um einen umfassenden und anhaltenden staatlichen, politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und vor allem auch kulturellen Austausch. Die mehr als 2.000 Städte- und Gemeindepartnerschaften und der Austausch von insgesamt etwa acht Millionen jungen Menschen durch das Deutsch-Französische-Jugendwerk sind weltweit einzigartig. Dieser Austausch hat dazu beigetragen, dass Generationen von Europäern Weltoffenheit und friedliche Koexistenz vermittelt worden sind.

Die Feierlichkeiten zu diesem gemeinsamen Erfolg am 22. Januar dürfen nicht das Ende unserer Bemühungen einläuten. Vielmehr müssen sie dazu beitragen, dass Franzosen und Deutsche weiter aufeinander neugierig sind und beiden Seiten die gesamteuropäische Verantwortung ihrer Schicksalsgemeinschaft bewusst ist. Angesichts immer noch großer ungelöster Probleme der Finanz- Schulden- und Eurokrise bedarf es auch künftig einer engen Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland. Die beiden größten Volkswirtschaften der Eurozone haben dafür eine besondere Verantwortung. Die Forderung des Elysée-Vertrages nach einer Abstimmung der Außen- und Sicherheitspolitik muss wieder bessere politische Praxis werden. Doch nicht nur in der Außenpolitik sollten wir intensiver zusammenarbeiten. Wir müssen auch zu einer weiteren Konvergenz unserer Sozialgesetzgebung (Deutsch-Französisches Familienrecht) , Umwelt-, Energie- und Steuergesetzgebungen (Lösung von Problemen des Doppelbesteuerungsabkommens) kommen. Ein wichtiges Gemeinschaftsprojekt ist die deutsch-französische Industriepolitik, die in der Vergangenheit bereits einige Erfolge erzielen konnte. Um in der Globalisierung zu bestehen, müssen Innovation, und Beschäftigung weiter gefördert und Arbeitnehmer-rechte gewahrt werden. Es geht um die Zukunftsfähigkeit des europäischen Sozialmodells.

Landtagswahl

SPD hat gewonnen- Und Bundesratsmehrheit geknackt

Jubelnder Empfang für Stephan Weil am Montag im Willy-Brandt-Haus. Nach dem sensationellen Wahlerfolg wurde der künftige Ministerpräsident von Niedersachsen am Morgen in der SPD-Parteizentrale in Berlin empfangen. „Lasst uns gemeinsam 2013 auch für die Bundespolitik zum Jahr des Wechsels machen“, rief Weil den applaudierenden Anhängern zu. Sichtlich erfreut dankte Stephan Weil für die Unterstützung aus Berlin und sagte zum SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück: „Ich freue mich, Peer, dass wir die Landtagswahl gemeinsam gewonnen haben“.

Die SPD tue gut daran, ihre eigentliche Stärke in den Mittelpunkt zu stellen, den Einsatz für soziale Gerechtigkeit und ein vernünftiges Bildungssystem.

Weil kündigte an, nun zügig eine neue Landesregierung zu bilden. Als eine der ersten Amtshandlungen will der künftige Ministerpräsident Niedersachsens im Bundesrat Initiativen zur Abschaffung des Betreuungsgeldes starten.

Auch Sigmar Gabriel sieht nach dem rot-grünen Erfolg bei der Landtagswahl eine „Riesenchance“ für einen Machtwechsel im Bund.

Mit Blick auf die Kritik an Peer Steinbrück in den vergangenen Wochen betonte Gabriel, dass man sich von aufgebauschten Mediendebatten nicht „verrückt machen“ lassen dürfe. Das zeige das Ergebnis der Niedersachsenwahl.

„Das war ein Wahlerfolg, den sich die niedersächsische Sozialdemokratie hart erkämpft hat. Wie bei jedem guten Krimi, gewinnen am Ende die Guten.“

Das in Niedersachsen erfolgreiche Konzept der „Politik von unten“ wolle man auch im Bundestagswahlkampf weiter verfolgen.

Wirtschaft & Energie

Atomausstieg nur im Inland

Was die Bundesregierung wirklich vom Atomausstieg hält belegt ein Schreiben, das Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) jetzt im Namen der Regierung an den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE) geschickt hat. Der Minister will auch künftig den Bau von Atomanlagen mit Kreditbürgschaften (sogenannten Hermesbürgschaften) unterstützen. Damit stellt sich Rösler gegen eine von allen Fraktionen im PBNE einstimmig verfasste Stellungnahme zur Hermes-Vergabepraxis. Mit dieser fordert der PBNE die Bundesregierung explizit auf, in Zukunft keine Kraftwerksprojekte im Ausland im Bereich der Kernenergie und Projekte zur Produktion von nuklearen Brennelementen mit Exportkrediten der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), mehr zu fördern.

Minister Rösler ignoriert den überfraktionellen Beschluss vollkommen. Das ist ein Affront gegen die Regierungsfraktionen und verdeutlicht die Zerstrittenheit bei der Energiepolitik.

Die Begründung von Rösler es liege "in der souveränen Entscheidung anderer Staaten, zur Ausgestaltung ihrer Energiepolitik einen anderen Energiemix zu wählen", ist nicht stichhaltig. Die Empfehlung des PBNE berührt nicht die nationale Souveränität in der Frage der Energieerzeugung. Vielmehr geht es darum, keine Unterstützung für eine Energiepolitik zu gewähren, die bei uns in Deutschland spätestens seit dem Atomausstiegsbeschluss ein Auslaufmodell ist. Spätestens 2022 soll der letzte deutsche Meiler vom Netz gehen, acht ältere Atommeiler wurden bereits stillgelegt. Das Motto "Höchste Zeit, dass sich was ändert" mit dem die Bundesregierung massiv für die Energiewende wirbt, sollte diese endlich ernst nehmen. Die Wählerinnen und Wähler durchschauen den Widerspruch bei uns die Energiewende zu fordern und im Ausland Kernenergie zu unterstützen. Selbst die Industrie hat sich auf ein Ende der deutschen Förderpolitik eingestellt.

Finanzen

Zustimmung im EU-Rat zur Finanztransaktionssteuer

Am Dienstag hat der Rat der Europäischen Union die Ermächtigung zur verstärkten Zusammenarbeit von elf Mitgliedstaaten in Sachen Finanztransaktionssteuer festgestellt. Grundlage war eine qualifizierte Mehrheit aller 27 Mitgliedstaaten. Nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments vor wenigen Wochen ist das ein weiterer wichtiger Schritt zur Einführung der Finanztransaktionssteuer in Europa. Die Zustimmung des Rates ist auch ein großer Erfolg für die europäischen Sozialdemokraten, die in Deutschland und Frankreich seit langer Zeit gegen erhebliche Widerstände aus der Lobby energisch für die Steuer kämpfen. Gerade anlässlich der Feierlichkeiten zum Elysée-Vertrag in Berlin sei an die gemeinsame Parlamentarierinitiative aus dem Sommer 2011 erinnert: Deutsche und französische Parlamentarier hatten damals mit einer länderübergreifenden Initiative und einer zeitgleichen Debatte in der Assemblée Nationale und dem Deutschen Bundestag, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert. Die EU-Kommission muss nun schnell einen neuen Legislativvorschlag auf den Tisch legen, der sich eng an dem ursprünglichen Richtlinienvorschlag von 2011 orientiert und der die berechtigten Bedenken einiger Mitgliedstaaten entkräftet. In Frankreich muss zugleich das bestehende System der Besteuerung von Finanztransaktionen weiterentwickelt werden, damit unser gemeinsames Ziel vergleichbarer Rahmenbedingungen für die Finanztransaktionssteuer in den europäischen Staaten erreicht wird. Es ist vor allem eine Frage des politischen Willens, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung der Finanztransaktionssteuer bereits Ende des Jahres 2013 geschaffen sind. Die Bundesregierung und die französische Regierung stehen weiter in der Pflicht, sich für eine zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

Regierung

Plagiatsverfahren gegen Schavan

Plagiatsvorwürfe sind keine Petitesse; auch deshalb sollte Bundesministerin Schavan ein großes Interesse an einer Prüfung durch die Hochschule Düsseldorf ohne Ansehen der Person und an einer zügigen Klärung der im Raum stehenden Vorwürfe haben. Wir rufen dazu auf, der Hochschule Düsseldorf das alleinige Urteil über die Qualität der Doktorarbeit von Frau Schavan zu überlassen. Sollte es schließlich zur Aberkennung des Doktortitels von Frau Schavan kommen, wird sie selbst aber auch Frau Merkel wissen, dass sie als Bildungsministerin nicht zu halten ist.

Außenpolitik

Wahlausgang bietet neue Chance für Frieden

Allen Prognosen zum Trotz haben die israelischen Wählerinnen und Wähler einem weiteren Rechtsruck eine klare Absage erteilt. Monatelang war dieser sowohl von israelischen als auch internationalen Experten vorhergesagt worden. Doch am Ende entschieden sich die Israelis mehrheitlich für einen Kurs in Richtung politischer Mitte. Nimmt man die Ausgangserwartungen zur Grundlage, erlebte Netanjahus Bündnis mit seinem früheren Außenminister und politischem Rechtsaußen Lieberman ein Desaster.

Die größte Überraschung dieser Wahl ist das ausgezeichnete Abschneiden von Jesch Atid, der Zukunfts-Partei des ehemaligen Fernsehmoderators Yair Lapid. Dass er es zur zweitstärksten Fraktion schaffte, ist ein weiteres Indiz für die zunehmende soziale Spaltung der israelischen Gesellschaft und die wachsenden Sorgen der Mittelschicht. Die sozialen Proteste gegen steigende Lebensmittelpreise und unbezahlbaren Wohnraum, die Israel bereits in den vergangenen zwei Jahren erlebte, manifestierten sich jetzt auch in Wählerstimmen. Alle Mitte-Links-Parteien zusammen konnten etwa die Hälfte aller Wählerstimmen erringen und haben damit die sozialen Fragen wieder in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung gerückt.

Im Wahlergebnis steckt zugleich eine kleine Chance, dass sich auch auf außenpolitischem Feld wieder besonnenere Stimmen durchsetzen. Wunder sind nicht zu erwarten, aber es besteht zumindest die Option, dass der Friedensprozess mit den Palästinensern wieder neue Impulse verliehen bekommt und ultranationalistische Töne, wie sie aus der alten Regierung zu hören waren, künftig nicht mehr im Vordergrund stehen.

Die Bundesregierung ist gut beraten, wenn sie ihre Bemühungen hinsichtlich einer Verständigung zwischen Israel und Palästinensern wieder intensiviert. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür. Offenbar gibt es in Israel dafür mehr Verbündete, als man zuletzt zu hoffen wagte.

Bonbon

„Wir haben teure Autos und niedrige Lebensmittelpreise, das ist typisch für uns Deutsche.“

(Bärbel Höhn B90/Die Grünen)

Termine

26.1.2013	**11.00 Uhr**	**PID, Lebenshilfe Flammersfeld**
	14.11 Uhr	***Möhnenkaffee Flammersfeld***
	19.11 Uhr	***Prunksitzung Hönningen***
27.1.2013	**11.00 Uhr**	**Sabines Sonntag, Unkel**

ACHTUNG: ***Kursivgedruckte Termine*** sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.